

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
-----------------------------	----

Einleitung

A. Gegenstand der Untersuchung	23
I. Untersuchungsgegenstand in persönlicher Hinsicht.....	23
1. Hauptschuldner.....	23
2. Gesamtschuldner und Bürgen	24
II. Untersuchungsgegenstand in sachlicher Hinsicht	25
B. Ziel der Untersuchung und Vorgehensweise	27

Erster Teil: Modelle zum Schutz von Privatpersonen vor finanzieller Überlastung

A. Besondere Regelungen zum Schutz von Privatpersonen vor finanzieller Überlastung	29
I. Das Verbraucherkreditgesetz	29
1. Der Schutzzweck des VerbrKrG und seine Bedeutung für die vorliegende Untersuchung	30
a) Schaffung von Voraussetzungen für eine interessengerechte Vertragsentschließung durch Schriftformerfordernis und Widerrufsmöglichkeiten	30
b) Schutz vor unangemessenen Vertragsbedingungen durch Zulassung des Einwendungsdurchgriffs	32
c) Schutz vor finanzieller Überlastung durch zwingende Verzugs- und Fälligestellungsregelungen.....	33
2. Die Reichweite des durch das VerbrKrG gewährleisteten Schutzes vor finanzieller Überlastung.....	35
a) Geschützter Personenkreis.....	35
b) Vorschriften zur Sicherung einer interessengerechten Vertragsentschließung	38
aa) Das Schriftformerfordernis	38
bb) Das Widerrufsrecht	39
c) Verzugs- und Tilgungsverrechnungsregelungen zum Schutz vor finanzieller Überlastung	40
d) Zusammenfassung	41

II. Das Verbraucherinsolvenzverfahren	41
1. Der in den Vorschriften über das Verbraucherinsolvenzverfahren verwirklichte Schutz vor finanzieller Überlastung	42
a) Die Einigungs- und das Verbraucherinsolvenzverfahren	42
b) Die Restschuldbefreiung	44
c) Zusammenfassung des Schutzzwecks der Verbraucherinsolvenz	46
2. Die Reichweite des durch die InsO gewährleisteten Schutzes vor finanzieller Überlastung	47
a) Das gerichtliche und das außergerichtliche Einigungsverfahren	47
b) Die Restschuldbefreiung	48
aa) Das Problem der Massearmut und der Bezahlung des Treuhänders	48
bb) Die Einschränkungen der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit während der Wohlverhaltensphase	50
cc) Familienangehörige Mitschuldner und Bürgen	51
3. Zusammenfassung	53
III. Die Pfändungsschutzvorschriften der ZPO	53
1. Der durch Vollstreckungsschutzbestimmungen verwirklichte Schutz vor finanzieller Überlastung	54
2. Die Reichweite des Schutzes durch Vollstreckungsschutzbestimmungen	55
IV. Zusammenfassung	57
B. Schutz vor finanzieller Überlastung durch Regelungen des allgemeinen Zivilrechts	57
I. § 310 BGB	57
1. Die Ansicht des OLG Stuttgart	58
2. Die Untauglichkeit des § 310 BGB als Schuldnerschutzinstrument	58
II. Wegfall der Geschäftsgrundlage	60
1. Vorgeschlagene Lösungsansätze	60
a) Rechtsprechung	60
b) Literatur	62
2. Der Wegfall der Geschäftsgrundlage als geeignetes Instrument zum Schutz vor finanzieller Überlastung?	63
a) Anwendungsbereich der Lehre von Geschäftsgrundlage allgemein	63
b) Konsequenzen für die Überschuldungsproblematik	64
aa) Schutz vor Überschuldung durch die Anwendung der Lehre von der Geschäftsgrundlage	64
bb) Nicht vom Schutzbereich erfaßte Überschuldungsfälle	67

3. Zusammenfassung	69
III. Vorvertragliche Aufklärungspflichten	69
1. Vorgeschlagene Lösungsansätze	70
a) Rechtsprechung.....	70
b) Literatur	72
2. Die Statuierung von Aufklärungspflichten als geeignetes Instrument zum Schutz vor finanzieller Überlastung ?	74
a) Anwendungsbereich der Aufklärungspflichten im Hinblick auf die finanzielle Überlastung.....	75
b) Sachgerechter Schutz durch die in der Literatur vorgeschlagenen Lösungen ?	75
c) Zusammenfassung	77
IV. § 138 I BGB	77
1. Vorgeschlagene Lösungsansätze	78
a) Die Rechtsprechung.....	78
aa) Hauptschuldner	78
bb) Mitschuldner / Bürgen.....	80
aaa) Frühere Rechtsprechung des III. und IX. Senats des BGH	80
bbb) Frühere Rechtsprechung des XI. Senat des BGH	82
ccc) Die vom BVerfG aufgestellten Grundsätze	84
ddd) Die neuere Rechtsprechung des IX. Senats des BGH.....	87
eee) Die neuere Rechtsprechung des XI. Senats	90
b) Die Literatur.....	91
aa) Grundsätzliche Kritik an der Anwendung des § 138 I BGB.....	91
bb) Vorschläge zur Anwendung des § 138 I BGB	92
2. § 138 I BGB als Instrument zum Schutz vor Überlastung des Schuldners ?	98
a) Anwendungsbereich des § 138 I BGB	99
b) Die Sittenwidrigkeit unerfüllbarer Verbindlichkeiten	100
aa) Der Sittenwidrigkeitscharakter der finanziellen Überlastung	100
aaa) Wertungen des allgemeinen Zivilrechts	100
bbb) Wertungen der ZPO.....	101
ccc) Wertungen des Grundgesetzes.....	101
ddd) Zwischenergebnis	103
bb) Die Sittenwidrigkeit bei hinzutretender Ungleichgewichtslage.....	104
cc) Zusammenfassung des Anwendungsbereichs	105

c) Konkretisierungen der Ungleichgewichte durch Rechtsprechung und Literatur	105
aa) Konkretisierungen in der Rechtsprechung	106
bb) Konkretisierungen in der Literatur	108
aaa) Verharmlosung des Haftungsrisikos	109
bbb) Geschäftsunerfahrenheit	109
ccc) Zwangslage des Mithaftenden durch emotionale Bindung zum Hauptschuldner	111
d) Zusammenfassung	111
C. Zusammenfassung des ersten Teils	112

Zweiter Teil: Ungleichgewichte zwischen den Vertragsparteien

A. Die Vertragsfreiheit als Grundprinzip des Zivilrechts	115
I. Vertragsfreiheit aus rechtlicher Sicht	116
II. Die Vertragsfreiheit aus ökonomischer Sicht	116
1. Ökonomische Funktion von Verträgen	117
a) Kreditverträge allgemein	118
b) Mitverpflichtungen und Bürgschaften	119
2. Die Ordnungsfunktion der Vertragsfreiheit	120
3. Die Unterstützung der Ordnungsfunktion durch das Vertragsrecht	122
III. Die Voraussetzungen für die Richtigkeitsgewähr	123
1. Der rational-egoistische Mensch	123
2. Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung	124
B. Eingriffe in Verträge	126
I. Beschränkungen von Eingriffen in Vertragsverhältnisse	126
1. Achtung der Selbstbestimmung	126
2. Das Prinzip der Selbstverantwortung	127
II. Eingriffe in Verträge bei Ungleichgewichtslagen	131
1. Marktversagen aufgrund von Marktmacht	133
2. Fehlende Selbstbestimmung durch unzureichende Information	135
a) Gesetzlich berücksichtigte Informationsdefizite	136
aa) Das AGB	136
aaa) Systematische Benachteiligung des Vertragspartners eines Verwenders von AGB.	136
bbb) Informationelles Ungleichgewicht	137
ccc) Antiselektiver Wettbewerb	139
ddd) Reichweite der Vertragskorrekturen	139
bb) VerbrKrG	140

b) Richterrechtlich anerkannte Informationsdefizite durch die Statuierung vorvertraglicher Aufklärungspflichten	141
aa) Aufklärungspflichten als Mittel zur Sicherung von Selbstbestimmung	142
bb) Vertrauensschutz trotz fehlender Typisierbarkeit	143
aaa) Die Grundlagen der Informationsökonomie	144
bbb) Voraussetzungen von Aufklärungspflichten aus ökonomischer Sicht	144
(1) Informationsasymmetrie	144
(2) Produktivität von Informationen	145
(3) Vertrauensprämie	145
(4) Zufallsinformationen	146
c) Zwischenergebnis	147
3. Fehlende Selbstbestimmung aufgrund von äußeren Zwängen	147
a) Gesetzlich berücksichtigte Zwangslagen	148
b) Richterrechtlich berücksichtigte Zwangslagen	149
aa) Wirtschaftliche Übermacht von Anbietern lebenswichtiger Güter	150
bb) Wucherähnliche Kreditverträge aufgrund überhöhter Zinsen	150
c) Zwischenergebnis	153
4. Bildung inkonsistenter Präferenzen aufgrund unzureichender Informationsverarbeitung	154
a) Die besondere Gefahr unvernünftigen Verhaltens von privaten Kreditschuldnern und Bürgen aufgrund von Kurzsichtigkeit	156
b) In der Rechtsordnung vorgesehene Eingriffsmöglichkeiten	159
aa) Gesetzlich vorgesehene Eingriffsmöglichkeiten	159
bb) Fallgruppen in der Rechtsprechung	160
aaa) Den subjektiven Interessen nicht entsprechende Verträge	161
bbb) Wucherähnliche Kreditverträge	162
c) Voraussetzungen für Vertragskorrekturen	164
d) Überprüfung aus ökonomischer Sichtweise	167
e) Zusammenfassung	168
5. Das strukturelle Ungleichgewicht nach dem Bundesverfassungsgericht	169
a) Die Reaktionen in der Literatur	169
aa) Kritische Meinungen	169
bb) Zustimmende Meinungen	171

b) Das strukturelle Ungleichgewicht.....	173
aa) Verfassungsrechtliche Vorgaben für Eingriffe in Verträge.....	174
aaa) Verfassungsrechtliche Einordnung des Begriffs vom strukturellen Ungleichgewicht.....	174
bbb) Strukturelles Ungleichgewicht als Oberbegriff für mögliche Imparitäten	176
bb) Die Ungleichgewichte in den einzelnen Entscheidungen	177
aaa) Handelsvertreterentscheidung.....	177
bbb) Erste Bürgenentscheidung	178
ccc) Zweite Bürgenentscheidung	179
c) Zusammenfassung	180
C. Zusammenfassung des zweiten Teils.....	181

Dritter Teil: Schuldnerschutz durch Reaktion auf Ungleichgewichte

A. Aufklärungspflichten	183
I. Aufklärung des Hauptschuldners	184
II. Die Aufklärung des Mithaftenden.....	186
1. Aufklärung über das Haftungsrisiko	186
a) Keine Aufklärung über finanzielle Situation des Hauptschuldners	187
b) Aufklärung über Inhalt und Umfang der gesicherten Verbindlichkeit	189
2. Aufklärung über die Folgen des Haftungseintritts	192
3. Täuschung über Haftungsrisiko.....	194
4. Kollision mit dem Bankgeheimnis?	194
III. Rechtsfolgen.....	195
IV. Zusammenfassung	197
B. § 138 I BGB	198
I. Hauptschuldner.....	199
II. Mithaftende	202
1. Sittenwidrigkeit bei aussichtsloser Lage	203
a) Praktisch sicherer Eintritt des Haftungsfalls.....	203
b) Hoffnungslose finanzielle Überforderung	204
2. Keine Sittenwidrigkeit bei eigenem wirtschaftlichen Interesse des Mithaftenden an dem Hauptkredit	206
a) Ehe- oder Lebenspartner	207
b) Volljährige Kinder	208

3. Weitere Kriterien zur Bestimmung der Sittenwidrigkeit.....	209
a) Risiko und Umfang der Haftung.....	211
b) Beziehung zum Hauptschuldner	211
aa) Mithaftende Ehepartner	213
bb) Mithaftende Kinder	214
c) Durch Verhalten des Gläubigers verursachte Bedrängnis	215
d) Komplexität des Sachverhalts.....	217
III. Zusammenfassung.....	218

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

A. Modelle zum Schutz von Privatpersonen vor finanzieller Überlastung.....	221
B. Ungleichgewichte zwischen den Vertragsparteien	223
C. Schuldnerschutz durch Reaktion auf Ungleichgewichte	225
Literaturverzeichnis.....	227